heimen Rundschreiben des Vorsitzenden des Landesvereins der Deutschen Vaterlandspartei für die Rheinprovinz ist ein Telegramm des Herrn von Tirpitz abgedruckt, in dem es unter anderem heißt, bei der Hauptleitung der Vaterlandspartei bestehe der Eindruck, daß im Falle eines deutsch-russischen Sonderfriedens die deutschen Notwendigkeiten im Osten nicht gefährdet seien.

Die Sozialdemokratie und mit ihr alle, die wirklich die wahren Interessen des deutschen Volkes vertreten, werden also auf der Hut sein müssen, damit es den alldeutschen Herrschaften nicht gelingt, die im Osten entstandene Friedensflamme wieder zu ersticken. Unauslöschliche Schmach würde es über das ganze deutsche Volk bringen, wenn es dahin käme, daß Deutschland den Russen das einmal gegebene Wort nicht hielte, wenn Deutschland durch allerhand Winkelzüge sich darum herumzudrücken versuchte, den von ihm anerkannten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker uneingeschränkt zur Geltung kommen zu lassen. Das deutsche Volk will nicht und kann nicht wollen, daß, damit den alldeutschen Schreiern der Wille getan wird, ein Berg von Haß und Mißtrauen gegen Deutschland aufgetürmt wird, der auch in Jahrzehnten nicht abgetragen werden könnte. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen recht klar, daß unsere Eroberer zu den gefährlichsten Feinden des deutschen Volkes gehören. Es müssen alle Kräfte angespannt werden, um ihre Pläne zunichte zu machen.

•

Ein offiziöser Beruhigungsversuch.

Unter der Ueberschrift: Ruhige Sicherheit bringt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung einen mit K R gezeichneten Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Der Zwischenfall von Brest-Litowsk, der in den Morgenblättern vom Sonnabend zum Teil schon abnorme und groteske Formen anzunehmen begann, ist durch die knappe, aber inhaltsvolle Erklärung, die der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche im Auftrage des Reichskanzlers im Hauptausschuß abgegeben hat, auf sein richtiges Maß zurückgeführt worden. Die Verhandlungen sind mit nichten abgebrochen, sie waren nicht einmal zeitweise ganz ausgesetzt. Was vorliegt sind einige Wünsche, der Russen, die wider alle Formen und Gebräuche vorgebracht wurden, deren Erfüllung dann prompt von unseren Vertretern abgelehnt wurde und die jetzt ordnungsgemäß, aber mit demselben Endergebnis besprochen werden dürften. Was dann weiter geschehen wird, entzieht sich jeder Voraussicht.

Es wäre also wieder einmal besser gewesen, keinen Sturm im Wasserglase zu erzeugen, nicht gleich die Vorgänge in den greellsten Rahmen zu kleiden, sondern dessen eingedenk zu sein, daß eine Friedensverhandlung nach einem 3½jährigen Kriege nicht in den Formen eines Kaiserklatsches sich abspielen kann und daß diesem ersten Zwischenfalle manche andere folgen werden. Wenn man gewissen Zeitungen glauben wollte, dann wäre der Freitag mit der Erklärung des Reichskanzlers der große Tag der politischen Reinigung gewesen, dann wäre an diesem Tage der chirurgische Schnitt gemacht worden, der unserer Politik wieder die Gesundheit gebracht, der unsere Friedensunterhändler auf den rechten Weg gebracht hätte. In diesen Kreisen wird es so dargestellt, als ob uns kein größeres Glück hätte widerfahren können, als das unannehmbare russische Verlangen, das nicht nur zu einer scharfen Abweisung führen mußte, sondern auch zu dem Erfolge, daß unserer Regierung plötzlich die Augen darüber aufgegangen seien, sie befände sich mit der Haltung der bolschewikischen Regierung gegenüber auf dem Holzwege.

•

Davon kann natürlich keine Rede sein. Nicht wir waren es, die eine Störung verursachten, sondern die russischen Delegierten; und wenn schon irgendwo eine Schwenkung festgestellt werden könnte, dann müßte man sie drüben suchen, wo die bolschewikische Regierung irgendeiner Regung oder Strömung nachgegeben hat. Wie stark diese Regung ist, woher diese Strömung kommt, das läßt sich heute, nachdem die Delegierten ihre Vereitschaft erklärt haben, in Brest Litowsk über die neu aufgetauchten kritischen Punkte zu verhandeln, noch weniger sagen als gestern, wo man vielleicht annehmen konnte, die Russen hätten einen Vorwand gesucht und gefunden, vom gemeinsamen Tisch fernzubleiben.

All das können wir ruhig sich entwickeln lassen. Unsere Heere stehen auf der Wacht; und daß auch die Politik den richtigen Kurs steuert, ist in den letzten Monaten immer deutlicher geworden. Wenn heut der russischen Regierung gesagt wird: Bis hierhin und nicht weiter, wenn wir ihr bedeuten, daß wir auch ein Mindestprogramm und Mindestkriegsziel haben, dann geben wir damit nicht irgendwelchen Machtgelüsten Oberhand. Aber wir pochen nicht nur auf unser Schwert und auf unsere Macht, sondern betonen gleichzeitig — das hat Graf Hertling im selben Atemzug getan — unsere lojale Gesinnung, die wir den Russen auch heute noch und jederzeit beweisen wollen, und unser gutes Recht, das uns in dieser Stunde den glücklichen Gleichmut gibt, abzuwarten, ob die Russen bei Besinnung bleiben oder abgleiten. Loyal, wie bisher, wollen wir weiter verhandeln, wenn die Bolschewiki sich zu den Tatsachen zurückfinden, die zum Frieden führen; kühl werden wir unserer Stärke vertrauen, wenn die russischen Vertreter in irgendeiner Form den Anschluß an die unsere Vernichtung bezweckenden Pläne der Westmächte erstreben.

•

Der Artikel enthält eine erfreuliche Absage an unsere Eroberer. Doch erscheint es uns nicht als richtig, den Brest Litowsker Zwischenfall als ziemlich harmlos hinzustellen. Es handelt sich darum, ob die deutsche Regierung ehrlich an dem festhält, was sie einmal zugesagt hat, oder ob eine Politik der Zweideutigkeit und Unklarheit eingeschlagen wird. Und das ist sicher für das deutsche Volk eine Frage von ungeheurer Bedeutung.

Die Fraktionsführer wieder bei Hertling.

Der Reichskanzler empfing laut Lokalanzeiger gestern eine Reihe von Fraktionsführern, denen er ein durchaus beruhigendes Bild unserer gegenwärtigen militärischen und politischen Lage zu geben in der Lage war. Auch eine Reihe von Persönlichkeitsfragen wurde in einer Weise erörtert, daß jeder etwaige Grund zur Beunruhigung als beseitigt angesehen werden kann.

Kein Rücktrittsgesuch Ludendorffs.

Die Deutsche Zeitung von Sonntag früh hatte gemeldet: Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet, hat der Erste Generalquartiermeister Ludendorff wegen Brest-Litowsk sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Demgegenüber verbreitet W. T. B. folgendes Dementi:

Berlin, 6. Januar. (Amtlich.) Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen.

Der U-Bootskrieg.

Berlin, 6. Januar. (Amtlich.) Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer U-Boote im Mittelmeer die Hochöfen und Schmelzwerke von Piombino wirkungsvoll beschossen.

Schneidigem U-Bootangriff sind im westlichen Mittelmeer 8 Dampfer und 3 Segler mit rund 36 000 Brutto-Register-Tonnen zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem, bewaffnet waren, fuhren sämtlich in stark gesicherten Geleitzügen. Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien. Er ging fast augenblicklich nach dem Torpedotreffer unter. Auch die übrigen Schiffe waren überwiegend Transporter nach Genua. Dieser Verlust bedeutet für Italien einen gründlichen Ausfall an Kriegsmaterial. — Mit welcher Umsicht und Geschicklichkeit die Geleitzüge angegriffen wurden, zeigt die Tatsache, daß in einem Falle aus einem Geleitzug in 23 Minuten 3 Dampfer herausgeschossen, in einem anderen ein aus 2 Dampfern bestehender Geleitzug versenkt und aus einem weiteren Geleitzug von 3 Schiffen mit Doppelschuß 2 Dampfer versenkt wurden. Unter den versenkten Dampfern, die alle bewaffnet waren, befanden sich die italienischen Dampfer Ettualita, 4701 B.-R.-T., und Monte Bianco, 6988 B.-R.-T. — Zwei der versenkten Segler, darunter der italienische Schoner Giulio S., hatten Schwefel, ein dritter Kohle geladen. Während der Versenkung des einen Seglers wurde das U-Boot von einer Landbatterie bei Kap San Vito (Sizilien) beschossen, die Batterie jedoch durch das Boot zum Schweigen gebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 5. Januar. (Amtlich.) Kühnes Draufgehen unserer U-Boote bei stärkster feindlicher Gegenwehr hat unsern Feinden wiederum den Verlust von 28 000 Brutto-Register-Tonnen eingetragen. Drei große Dampfer fielen den Torpedos im Aermelkanal zum Opfer. Eines der Schiffe war ein tiefbeladener, ostwärts steuernder, großer Tankdampfer. Er sank binnen 40 Sekunden. Von den übrigen Schiffen konnte eins als der bewaffnete englische Dampfer Polva (3146 Tonnen) festgestellt werden. Das Schiff war mit wertvoller Eisen-, Erz- und Phosphorladung nach England bestimmt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Lloyd George über Englands Kriegsziele.

Nach einer Reuter-Meldung berief Lloyd George am Sonnabend die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab diesen eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er unter anderem sagte: Wir sind an der kritischsten Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt. Lloyd George erklärte dann weiter, daß er

die Fragen der Kriegsziele

mit Asquith, Grey sowie einigen Vertretern der großen überseeischen Dominions beraten habe, so daß das Ergebnis dieser Erörterungen Anspruch darauf habe, nicht allein in der Auffassung der Regierung, sondern der Nation und des ganzen Reiches zu beruhen. Er sagte: Wir führten keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk.

Eine Zerstörung Deutschlands

oder des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges bis heute. Deutschland hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in der Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulenken, damit es alle seine Kraft den großen, gemeinnützigen Aufgaben der Welt widmet. Ebenso kämpfen wir nicht, um Oesterreich-Ungarn zu stören, oder die Türkei ihrer Hauptstadt und der reichen berühmten Besitzungen in Kleinasien oder Thrazien, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind, zu berauben. Ebensowenig sind wir in den Krieg getreten, lediglich um die Verfassung des Deutschen Reiches abzuändern oder zu zerstören. Zu den

Erklärungen des Grafen Czernin

die dieser am 25. Dezember 1917 im Namen Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, sagte Lloyd George: Diese bedauerlich unbestimmt klingenden Worte allein über die Formel: „Keine Annexionen und keine Entschädigungen, oder das Recht auf Selbstbestimmung" sind zwecklos. Die ersten Forderungen, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorangestellt haben, sind die

vollständige Wiederaufrichtung Belgiens

und eine Entschädigung für seine verwüsteten Städte und Provinzen. Dies ist nicht die Forderung einer Kriegsentschädigung, wie sie Deutschland im Jahre 1871 Frankreich auferlegt hat, es ist auch kein Versuch, die Kosten der Kriegshandlungen von einem Kriegführenden auf den anderen zu schieben, es ist nicht mehr und nicht weniger als das Bestehen darauf, daß, bevor es irgendeine Hoffnung auf einen dauernden Frieden geben kann, dieser große Bruch des öffentlichen europäischen Rechts seine Zurückweisung erfahren und soweit als möglich gutgemacht werden muß. Wiedergutmachen bedeutet Anerkennung. Solange das internationale Recht nicht durch Beharren auf Zahlung von Schaden, der in Nichtachtung seiner Grundlagen zugefügt wurde, anerkannt ist, kann es niemals Wirklichkeit sein. Als Nächstes kommt

die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros

sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens und die vollständige Zurückziehung der feindlichen Armee. Wiedergutmachung von Unrecht ist die Grundbedingung für einen dauernden Frieden. Wir wollen bis zum Untergange an der Seite der französischen Demokratie in deren Verlangen auf

Niederringung des großen Unrechts von 1871

stehen, als ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reich während eines halben Jahrhunderts einverleibt wurden. Es kann keine bessere Illustration der törichten Bösartigkeit geben, einen vorübergehenden militärischen Erfolg zur Vergewaltigung eines nationalen Rechts zu benutzen. Ich will nicht versuchen, die Frage der russischen Gebiete, die jetzt von den Deutschen besetzt sind, zu behandeln. Rußland hat den Krieg mit allen seinen Schrecken hingenommen, weil es getreu seiner Ueberlieferung als Beschützer der schwächeren Stämme gleicher Rasse in den Krieg eintrat, um Serbien vor einem Anschlage auf seine Unabhängigkeit zu schützen.

Seine ritterliche Achtung für seinen Vertrag führte zum willkürlichen Einfall in Belgien, und die Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber diesem kleinen Lande zog uns in den Krieg. Rußland ist nunmehr dabei, ohne Verbindung mit den Ländern, die es in den Krieg gezogen hat,

Sonderverhandlungen

mit dem gemeinschaftlichen Feinde zu führen. Ich mache keine Vorwürfe, ich führe lediglich Tatsachen an. Niemand, der Preußen und seine Absichten auf Rußland kennt, kann einen Augenblick über seine letzten Absichten im Zweifel sein. Unter dem einen oder dem anderen Namen, werden diese russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit einen Teil eines preußischen Reiches bilden, und das übrige Volk Rußlands wird, teils durch blendende Worte verlockt, teils durch Drohungen über die Fortsetzung des Krieges geschreckt, in einen Zustand vollständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei gegenüber Deutschland getrieben werden. Wir alle bedauern diese Aussicht. Die Demokratie Englands beabsichtigt bis zum letzten, den Demokratien Frankreichs, Italiens und aller unserer Verbündeten beizustehen. Wir würden stolz sein, bis zum Ende Seite an Seite mit der Demokratie Rußlands zu kämpfen. Dasselbe will Amerika, Frankreich und Italien. Aber wenn die gegenwärtigen Machthaber Rußlands unabhängig von ihren Verbündeten etwas unternehmen, so haben wir kein Mittel, einzuschreiten, um die Katastrophe aufzuhalten, der ihr Land sicher verfallen muß. Wir glauben jedoch, daß

ein unabhängiges Polen

das alle jene wahrhaft polnischen Elemente umfaßt, die wünschen, einen Teil davon zu bilden, eine dringende Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Osteuropa ist. Gleichzeitig und obwohl wir mit Wilson übereinstimmen, daß die Auflösung Oesterreich-Ungarns kein Teil unserer Kriegsziele ist, bin ich der Meinung, daß, wenn nicht eine Selbstregierung auf Grund wirklicher demokratischer Grundsätze jenen österreichisch-ungarischen Nationen gewährt wird, die diese so lange gewünscht haben, es unmöglich ist, auf eine Beseitigung jener Ursachen in diesem Teile Europas, der so lange seinen allgemeinen Frieden bedroht hat, zu hoffen. Aus denselben Gründen betrachten wir die

Befriedigung des natürlichen Anspruchs der Italiener

auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso beabsichtigen wir darauf zu dringen, daß den Leuten rumänischen Blutes und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Bestrebungen Gerechtigkeit getan werde. Außerhalb Europas glauben wir, daß dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen sollen. Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches in der Heimat der türkischen Rasse mit Konstantinopel als Hauptstadt in Frage stellen wollen, sind

Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina

wenn die Durchfahrt zwischen dem Schwarzen Meere und dem Mittelländischen Meer internationalisiert und neutralisiert ist, unserem Urteil gemäß berechtigt, eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten. Welche Form diese Anerkennung in jedem einzelnen Falle annehmen soll, braucht hier nicht erörtert zu werden, außer der Erklärung, daß es unmöglich sein würde, die Länder, die ich schon erwähnt habe, unter die frühere Souveränität zurückzugebrn.

Was

die deutschen Kolonien

anlangt, so habe ich wiederholt erklärt, daß sie zur Verfügung der Konferenz gehalten werden, deren Entschließung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bewohner dieser Kolonien nehmen muß. Keins dieser Gebiete ist von Europäern bewohnt. Daher muß das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß in allen diesen Fällen die Einwohner einer ihnen annehmbaren Verwaltung unterstellt werden, deren Hauptaufgabe es sein wird, ihre Ausnützung im Interesse der europäischen Kapitalisten zu verhindern. Die Friedenskonferenz darf nicht unsere Seeleute und die Dienste vergessen, die sie der gemeinsamen Sache der Freiheit geleistet sowie die verbrecherischen Taten, unter denen sie gelitten haben. Es wird auf der ganzen Welt eine Knappheit an Rohmaterialien eintreten, die immer größer wird, je länger der Krieg dauert, und es ist unvermeidlich, daß jene Länder, die den Markt für Rohprodukte beherrschen, in erster Linie sich selbst und ihren Freunden helfen wollen.

Wir sind sicher, daß ein großer Versuch gemacht werden muß zur

Errichtung einer internationalen Organisation

eine Alternative für den Krieg als Mittel, internationaler Streitigkeiten zu schlichten, zu schaffen. Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen: für einen gerechten, dauerhaften Frieden, und wir glauben, daß, bevor ein solcher erhofft werden kann, die folgenden Bedingungen erfüllt werden müssen: 1. muß die Heiligkeit von Verträgen aufgerichtet werden; 2. muß eine Schlichtung von Gebietsfragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts oder der Zustimmung der regierten Völker gesichert werden; und 3. schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation versuchen, die Last der Rüstungen zu beschränken und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu mindern. Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und, um diese Bedingungen sicherzustellen, sind seine Völker bereit, noch größere Opfer zu bringen, wie die bisher gebrachten.

Henderson über die Friedensfrage.

In einer Besprechung der Rede Lloyd Georges sagte Henderson, die Arbeiterschaft würde sie insofern willkommen heißen, als sie eine klare Feststellung über die Ziele sei, für deren Verwirklichung wir den Krieg fortsetzen.

In einigen Beziehungen, sagte er, verkörpert sie die erklärten Grundsätze und Ziele, die die Arbeiterschaft bei der neulichen Konferenz als die wesentlichen Kriegsziele festgestellt hat. Die Arbeiterschaft besteht, wie sie immer bestanden hat, auf der vollständigen Freiheit und Unversehrtheit Belgiens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros und auf der Schaffung einer festen Grundlage für einen **Bund der Nationen und Völker** zum Zweck der Abrüstung und Verhütung künftiger Kriege. Dieses stellt unsere Mindestforderung dar, welche keine Einschränkung duldet.

Indem er die Stellung der britischen Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Krisis näher beleuchtete, sagte Henderson, ihre Ziele seien dieselben wie im Jahre 1914, nämlich die Vernichtung des Militarismus nicht nur in Deutschland, sondern überall. Dies kann nur erreicht werden durch ein klar begründetes gemeinsames Abkommen zwischen den Völkern und eine Regelung auf den Grundlagen internationaler Gerechtigkeit. **Die englische Arbeiterschaft heiße die sechs Hauptgrundsätze warm willkommen, welche durch die russische Regierung niedergelegt worden sind.** Im wesentlichen stimmen wir mit den Bolschewiki überein, ebenso mit Wilson, wie wir aus der von ihm veröffentlichten Erklärung schließen. Auf dieser Frage der Anwendung beruht, wie wir wissen, eine sehr günstige Gelegenheit für jegliche Art

hinterlistiger und falscher Vorwände.

Gerade hatten wir ein Beispiel dafür in den **deutschen Vorschlägen über Polen und Litauen.** Wir, die britische Arbeiterpartei, sind aufrichtig und wir haben nicht die Absicht, irgend einen falschen Vorwand zu dulden. Wir fordern die russischen Kameraden auf, überzeugt zu sein, daß die britische Arbeiterschaft im guten Glauben handelt und daß wir auf unserer Hut sind vor jeder Verdrehung unserer Grundsätze durch unheilvollen und imperialistischen Ehrgeiz.

Henderson schloß: Ich will jetzt noch einen dringenden und bestimmten **Appell an die russischen Kameraden richten.** Wenn wir irgendeine Grundlage der Verständigung mit den Mittelmächten für einen allgemeinen Frieden erzielen, so ersuche ich sie, darauf zu bestehen, daß die Mittelmächte diese Grundlage zur Erwägung allen Regierungen und Völkern, die es angeht, unterbreiten werden. Sie können sich dann darauf verlassen, daß die Vertreter der britischen Arbeiterschaft alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um darauf zu sehen, daß sie eine deutliche, ehrliche und begründete Antwort erhalten.

Regierungserklärung zum Frieden.

In der Sonnabendsitzung des Hauptausschusses gab der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichskanzler hat gestern die Instruktion der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Reichskanzlers das folgende fest:

„Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte